

Bern

«Ein Parlament macht die Politik sichtbar»

Bereits zum vierten Mal fordert in Ittigen ein Komitee die Einführung eines Gemeindeparlaments. Den Entscheid müsse jede Gemeinde für sich selber fällen, sagt Politologin Andreas Ladner. Die Abstimmung findet am 28. August 2011 statt.

Interview: Matthias Raaflaub

Herr Ladner, Gemeindeversammlung oder Parlament – was ist demokratischer?

Es gibt da nicht einen richtigen Weg. Die Versammlungs- und die repräsentative sind zwei Konzeptionen von Demokratie. Letztere stammt aus der Zeit der Französischen Revolution und der Nationalstaatenbildung, erstere aus der Vormoderne.

Erfüllt die Gemeindeversammlung ihren Nutzen aber auch heute noch?

Die Gemeindeversammlungen sind heute zuerst einmal eine Realität. In der Schweiz kennen 80 Prozent der Gemeinden die Gemeindeversammlung. Dagegen ist die Zahl der Parlamentsgemeinden relativ klein. Die Versammlung hat Vorteile: Die Teilnehmenden können direkt in die Politik eingreifen. An einer GV kann sich jeder äussern. Zudem ist sie kostengünstig.

Die Teilnehmerzahlen sind aber meist erschreckend tief.

In der Regel nehmen zwischen 2 und 4 Prozent an der Versammlung teil. Der

Schwachpunkt liegt dann darin, dass nur jene kommen, die an einem Geschäft interessiert sind. Die Geschäfte kommen so durch selektive Mehrheiten zustande.

Andreas Ladner

Der Politologe ist Experte auf den Gebieten der Gemeinde- und der Parteipolitik. Früher in Bern tätig, ist er seit 2006 Professor am Institut für öffentliche Verwaltung an der Universität Lausanne.



Man hört in Ittigen, die fehlenden 98 Prozent seien wohl zufrieden.

Problematisch ist es, wenn die Leute sich von der Politik entfremden. Es geht aber auch darum, ob der Gemeinderat seine Sache gut macht und ob die Kontrolle funktioniert. Wer für ein Parlament ist, will verhindern, dass sich Macht konzentriert. Aber nicht überall, wo es kein Gemeindeparlament gibt, wird die Macht missbraucht.

Was spricht für die parlamentarische Demokratie?

Im Parlament befasst sich ein grösserer

Kreis von Leuten kontinuierlicher mit der Politik. Ein Parlament strukturiert auch die politische Auseinandersetzungen besser. Es muss aber auch Parteien geben, welche unterschiedliche Positionen vertreten und diese nach aussen tragen. So wird Politik sichtbar.

Parteiengizänk habe man nicht nötig, sagen Gegner.

Dass Unterschiede transparent gemacht und Debatten ausgetragen werden, ist für eine Demokratie sinnvoll. Geht es nur um Sachpolitik, aber nicht um politische Richtungsentscheide, braucht es diese Politisierung aber nicht. Dann stellt sich die Frage, ob es mit einem Gemeindeparlament nicht eine Überpolitisierung gibt.

Das heisst?

Dass Politik nur um der Politik willen und für den Wahlkampf betrieben wird und nicht wegen politischer Weichenstellungen. Läuft es am Ende auf dasselbe hinaus, wer gewählt wird, ist ein parlamentarisches System nicht angebracht.

Lässt ein Entscheid einer Gemeindeversammlung mehr Unzufriedene

zurück als ein Parlamentsbeschluss?

Das lässt sich generell nicht beantworten. Es kommt dabei immer auf die Struktur der Gemeinde, die politischen Entscheide und die gelebte politische Kultur an.

Die Gemeindepolitik wird immer stärker in grössere politische Gebilde integriert. Spricht das für das eine oder andere System?

Ich will keine globalen Ratschläge verteilen. Ein Trend hin zu Gemeindeparlamenten ist in diesem Zusammenhang jedenfalls nicht feststellbar. Wichtig ist, dass die Gemeinden selbst entscheiden. Denn es kommt auf den Einzelfall an, ob das eine oder das andere sinnvoll ist.

Kann man die Frage Parlament oder Versammlung an der Gemeindegrösse festmachen?

Es gibt in der Westschweiz kantonale Gesetze, welche bei einer gewissen Grösse grundsätzlich ein Parlament vorsehen. Das ist aber eine sehr technokratische Lösung. Die Frage stellt sich in den meisten Gemeinden aber gar nicht. Nur im Bereich zwischen 6000 und 20 000 Einwohnern streitet man darüber.

In Ittigen sorgt alleine die bevorstehende Diskussionsrunde für rote Köpfe (siehe Kasten).

Man kann zu Recht unterschiedlicher Meinung über ein Gemeindeparlament sein. Aber ob Versammlung oder Parlament ist eine interessante Frage, über die man offen debattieren muss. Das Schöne an der Gemeindeautonomie ist ja, dass man über solches streiten kann. Ich sehe nicht ein, warum das gehässig werden müsste.

Podium Gegner bleiben fern

Heute Abend, 19.30 Uhr, führt das Initiativkomitee Gemeindeparlament Ittigen eine Podiumsdiskussion im Haus des Sports durch. Andreas Ladner hält ein einführendes Fachreferat. Es diskutieren Vertreter aus Ittigen, Zollikofen, Belp und Wohlen. Moderatorin ist Brigitte Mader vom «Regionaljournal DRS». Das Gegenkomitee Pro Ittigen hat eine Teilnahme an der Diskussion abgelehnt, da die Gästeliste unausgewogen sei. Pro Ittigen wird von BVI, FDP, SVP, BDP und EDU unterstützt. Für ein Parlament haben SP, EVP und Aktives Worblaufen eine Initiative mit 500 Unterschriften eingereicht. (mra)

Traditionsbetrieb Bären soll Hochhaus weichen

Das Bären-Areal in Ostermündigen ist ein idealer Ort für ein Hochhaus – so das Ergebnis der Testplanung.

Lisa Stalder

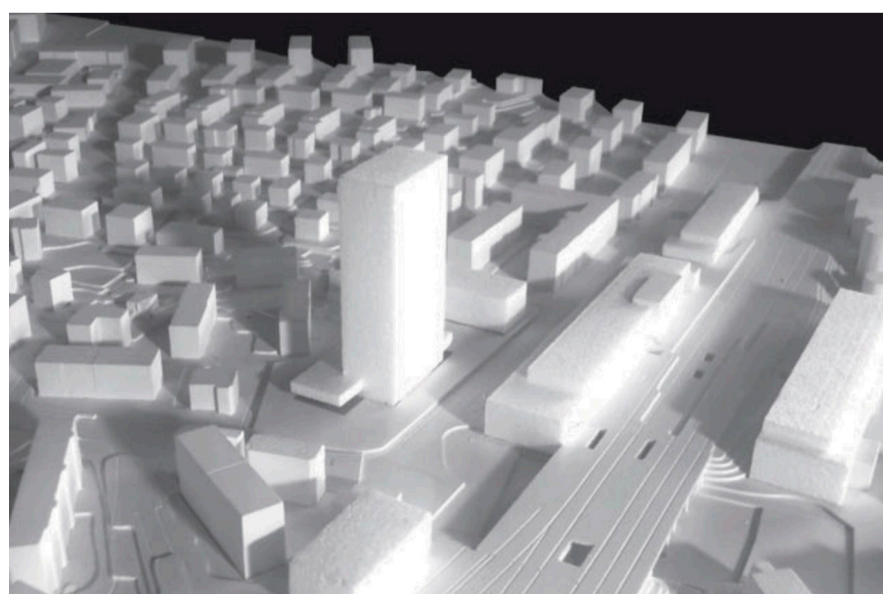
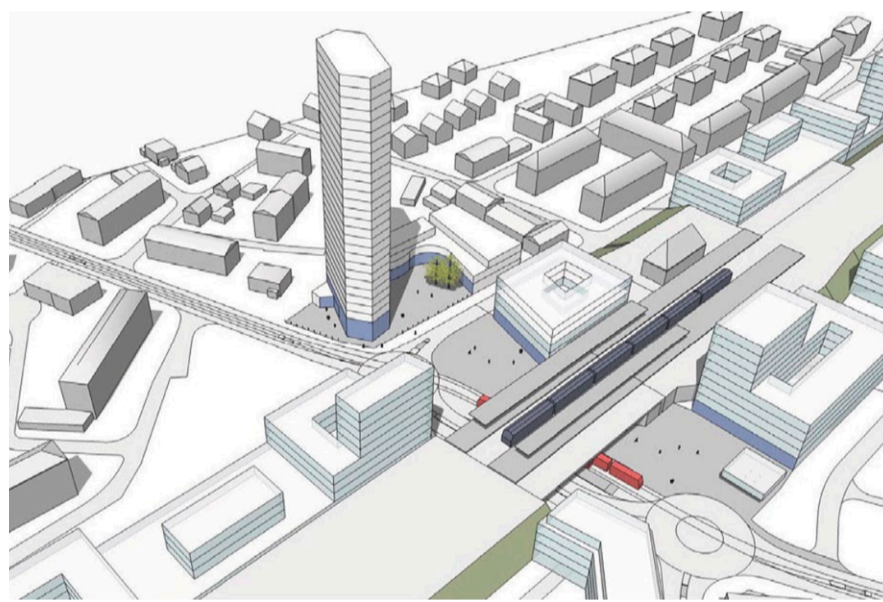
Die Besitzer des Gasthofs Bären in Ostermündigen hatten es bereits angekündigt: Der 1912 erbaute Bären soll abgerissen und durch ein Hochhaus ersetzt werden («Bund» vom 1. Februar). Doch bevor mit der konkreten Planung begonnen werden sollte, musste im Rahmen einer Testplanung abgeklärt werden, ob ein Hochhaus an dieser Stelle überhaupt infrage komme. Nun ist klar: Das Areal ist ein idealer Standort für ein solches Gebäude. Dies teilten die Bären-Besitzer und die Gemeinde gestern an einer Pressekonzferenz mit.

Zwischen Januar und Mai hatten drei Planerteams unabhängig voneinander untersucht, wie das Gelände künftig genutzt werden könnte. Dabei kamen alle Teams zum Schluss, dass ein Hochhaus aus städtebaulicher wie auch aus wirtschaftlicher Sicht am sinnvollsten wäre. Dies nicht zuletzt, weil das Areal gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen und auch über die Autobahn leicht zu erreichen sei. Zudem würde ein Hochhaus an dieser Stelle gut in das Ortsbild passen. Die Besitzer freuts: «Nun ist klar, dass es ohne Murksen und Würgen möglich ist, ein Hochhaus zu bauen», sagt Bernhard Marti, der 2005 zusammen mit Rudolf Remund den Bären gekauft hat. Sie wollen im Hochhaus ein 4-Stern-Hotel mit über 100 Zimmern, einem Restaurant sowie einer Bar einrichten. Weiter sind Dienstleistungsbetriebe und Wohnungen geplant.

Baubeginn nicht vor 2014

Der Gemeinderat begrüsst die Pläne der Bauherrschaft, sagte Gemeindepräsident Christian Zahler (SP). Die Idee, rund um den Bahnhof verdichtet zu bauen, bestätigten die Erkenntnisse der Nachverdichtungsstudie, die die Exekutive im vergangenen November durchführen liess. Weiter betonte Zahler, dass rund um den Bahnhof sowieso Veränderungen anstünden. So müsse im Hinblick auf das Tram Region Bern die Unterführung saniert und erweitert werden. Es sei wichtig, dass die Projekte aufeinander abgestimmt würden.

Bis auf dem Areal ein Hochhaus steht, gelte es aber noch zahlreiche Hürden zu überwinden, so Zahler. In der nächsten Zeit werde sich die Bevölkerung zu den Plänen äussern können. Damit ein Hochhaus gebaut werden kann, muss die Überbauungsordnung angepasst werden. Darüber wird das Parlament befinden. Läuft alles nach Plan, kann 2014 mit dem Bau begonnen werden. Die Eröffnung finde nicht vor 2015 statt.



Erste Vorschläge dreier Architekturbüros, die nun als Basis für die weitere Planung auf dem Bären-Areal dienen: Team Burckhardt + Partner, Basel/Amsterdam (oberstes Bild), Team Group 8, Genf (Mitte) und Team Moser + Partner, Bern. Fotos: zvg

Trotz Konkurs laufen Jansens Gastrobetriebe in Bern weiter

Eine Auffanggesellschaft hat Ralf Jansens Gut Gelaunt und die anderen Lokale mit dem Personal übernommen.

Markus Dütschler

Unter der Rubrik Konkurse stand es gestern im Handelsamtsblatt: Über die Firma Portabe AG (vormals Gut Gelaunt Bern AG) ist am 26. Mai der Konkurs eröffnet worden («Bund» von gestern). Ralf Jansen, zu dessen Gastro-Gruppe Gut Gelaunt, Eclipse, Art'Café, Bim Grosi und Beach-Club gehören, gab auch gestern keine Auskunft. Sein Anwalt Andreas Howald sagte auf Anfrage, die Betriebe würden weitergeführt. Der Beach-Club mache Sommerpause.

Der Unternehmer hatte laut Howald «im Wissen um die finanziellen Schwierigkeiten und die gefährdeten Arbeitsplätze in Absprache mit den Behörden» die Auffanggesellschaft Gastro II GmbH gegründet, die seit 16. Mai im Handelsregister eingetragen ist. Zuvor hatten sich laut Howald «weit gediehene Verhandlungen» mit einem Investor «im letzten Moment» zerschlagen. Den Gut-Gelaunt-Betrieb in Solothurn hat der

junge «Gastro-König» vor zwei Monaten aufgegeben. Dort wurden laut Jansens Anwalt drei Arbeitsplätze abgebaut, die restlichen aber nach Bern transferiert. Jansen beschäftigt gemäss Howald rund 40 Personen, die sich etwa 30 Vollzeitstellen teilen. Es habe Zahlungsprobleme gegenüber Lieferanten gegeben, räumte der Anwalt ein. Jansen habe die Gläubiger vor Monaten informiert und mit ihnen nach Lösungen gesucht.

Unia moniert Verstösse

Die Gewerkschaft Unia kritisierte Jansen gestern: Es herrschten «Arbeitsbedingungen wie zu Grossmuttern Zeiten», mehrfach habe die Unia interveniert wegen verspäteter Lohnzahlungen und anderer Verstösse. Jansen mache mit einer neuen Firma weiter wie ein «Brandstifter, der den Brand löscht».

Zu den arbeitsrechtlichen Problemen sagte der Anwalt, er kommentiere diese nicht im Detail. Tatsache sei, dass sich sein Mandant «persönlich dafür eingesetzt» habe, mittels Auffanggesellschaft «möglichst alle Arbeitsplätze zu erhalten», wohingegen es bei einer Schliessung «einen harten Schnitt» gegeben hätte. Jansen engagiere sich «weitaus mehr, als dies andere tun würden».

FDP will Bern zur Greentech-Stadt machen

Einen Tag nachdem Novartis den Abzug aus Bern bekannt gegeben hat und einen Tag bevor der Regierungsrat seine wirtschaftspolitischen Ziele für den Kanton Bern präsentierte, stellte die FDP Stadt Bern gestern ihre Wirtschaftsstrategie vor. Grundsätzlich steht die Partei zu Bern als Verwaltungsstadt: «Diese Branche gilt es im Sinne eines stabilen Standbeins zu halten», heisst es im Papier. Die Wirtschaftspolitik der Stadt müsse sich aber vermehrt auf kleine und mittlere Betriebe ausrichten. Insbesondere Umwelttechnologiefirmen hat die FDP im Fokus: «In zehn Jahren soll gelten: Basel ist die Pharma-, Zürich die Banken- und Bern neu die Greentech-Stadt.» Ähnliche Ziele verfolgt der Regierungsrat auf Kantonsebene.

Konkret beabsichtigt die FDP in den nächsten Wochen unter anderem per Motion eine «kritische Fremdanalyse» des wirtschaftlichen Potenzials zu verlangen. Ausserdem will sie im Stadtrat einen Wirtschaftsausschuss mit Vertretern aller Fraktionen gründen. Und zusammen mit den Mitte-rechts-Parteien versucht sie einen Kompromiss für eine Steuersenkung zu erarbeiten. (rw)

Kurz

Köniz Ein Turnhallendach, das Strom produziert

Das Turnhallendach des Oberstufenzentrums Köniz ist sanierungsbedürftig. Nun wird es nach über 60 Jahren saniert – und mit einer Fotovoltaikanlage versehen. Den nötigen Kredit von 377 000 Franken hat das Könizer Parlament am Montagabend einstimmig bewilligt. Bereits im Dezember sollen die Solarpanels in Betrieb genommen werden. Von der Energiegewinnung werden gemeindeeigene Gebäude profitieren. (pd)

Kanton Bern Fähigkeitszeugnis neu auch ohne Lehrabschluss

Im Kanton Bern ist das erste Fähigkeitszeugnis an eine Detailhandelsfachfrau ausgestellt worden, die nicht über einen Lehrabschluss verfügt. Dies teilte die Erziehungsdirektion mit. In drei Berufen kann im Kanton Bern das Fähigkeitszeugnis neu auch ohne Lehrabschlussprüfung erlangt werden (Mechaniker, Detailhändler, Kaufleute). Interessierte aus anderen Berufsgattungen werden an andere Kantone überwiesen. Zum Verfahren wird zugelassen, wer mindestens fünf Jahre Berufserfahrung vorweisen kann. (pd)